Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Arnhold. Druck u. Verlag: Auer Druck- u. Verlagsgesellschaft m. b. H. Aue. Telegramm-Adresse: Tageblatt Auerzgebirge. Fernsprech-Anschluß Nr. 43.

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 4.90 Mk. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 4.40 Mk. Bei der Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 13.50 Mk., monatlich 4.50 Mk. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 14.40 Mk., monatlich 4.80 Mk. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsausträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die 8gespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 70 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg., Reklamepetitzeile für Aue und den Bezirk Schwarzenberg 240 Pfg., sonst 250 Pfg. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vorm. Für Fehler infolge unleserlicher Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 181 — Sonnabend, den 7. August 1920 — 15. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

Der Staatssekretär z. D. Dr. Peters ist vom Reichspräsidenten zum Reichskommissar für die Entwaffnung ernannt worden.

*

Das Reichskabinett hat beschlossen, daß die Neuwahl des Reichspräsidenten Ende Oktober oder Anfang November erfolgen solle.

*

Nach in Wien eingetroffenen Meldungen ist in Ostgalizien bereits eine Sowjetregierung eingesetzt worden, die das Eigentum der Industriellen, Banken und Großgrundbesitzer beschlagnahmt hat.

*

In wenigen Tagen soll in Boulogne eine neue Konferenz stattfinden. Millerand und Lloyd George werden über die Haltung der Sowjetregierung und insbesondere über ihre Beziehungen zu Deutschland beraten.

Die Abrüstungsfrage.

D. R. B. Nach dem Protokoll, das wir in Spa unterschrieben haben, muß die Heeresverminderung bis zum 31. Dezember 1920 durchgeführt sein. Bis zu diesem Zeitpunkt muß die jetzige Reichswehr um die Hälfte vermindert sein. Wer die gegenwärtige Wirtschaftslage kennt, der weiß, wie groß das Problem ist, 100 000 Mann unterzubringen, denn es ist unbedingt Pflicht des Staates, dafür zu sorgen, daß der Uebergang dieser Leute in die bürgerlichen Berufe sich glatt vollzieht. Es ist seine Pflicht, schon aus dringendstem eigenen Interesse. Kommt die Regierung dieser Pflicht nicht nach, so werden wir erleben können, daß die unversorgten Soldaten sich denen zuwenden, die die entlassenen Mannschaften zu unlauteren politischen Zwecken verwenden möchten und die ihnen mit allerhand Versprechungen aufwarten. Es gibt leider Gottes in Deutschland immer noch Leute, die die verbrecherischen Putschgedanken noch nicht aufgegeben haben, und es ist klar, daß diese Leute sich jetzt an die zu entlassenden Mannschaften der Reichswehr heranmachen werden, wenn es dem Staat nicht gelingt, sie so unterzubringen, daß Reibungen vermieden werden und daß die Entlassenen auf derartige Versprechungen nicht zu hören brauchen, weil sie eine Existenz vor sich sehen, die ihnen gesicherter erscheint als irgendwelche putschistischen Abenteuer. Wie schwer es ist, derartige Auflösungen vorzunehmen, haben wir ja an der Auflösung der Freikorps erlebt.

Die beste Form der Unterbringung wäre natürlich, die Mannschaften in der Landwirtschaft zu beschäftigen, denn noch immer ist der Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitern sehr groß. Die in der letzten Zeit abgeschlossenen Tarifverträge haben die wirtschaftliche Lage des Landarbeiters auch wesentlich verbessert. Immerhin bedarf es noch besonderer Maßnahmen, um den Uebertritt einer größeren Anzahl von Reichswehrsoldaten in die Landwirtschaft zu ermöglichen. Der Siedlungsgedanke hat in der Reichswehr Platz gegriffen und wird auch hier, sowie bei den anderen Unterbringungsmöglichkeiten in Betracht gezogen werden müssen. Hauptziel muß sein, die Reichswehrsoldaten überall dahin zu stecken, wo sie produktive Arbeit leisten können. Das ist in der Landwirtschaft der Fall, das ist aber auch der Fall im Bergbau und bei der Torfgewinnung. Freilich spricht auch hier die Wohnungsfrage ein entscheidendes Wort. Es heißt also für die nächste Zukunft überall Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen und zwar dürfen das nicht mehr oder weniger nutzlose Notstandsarbeiten sein, sondern Arbeiten, die zum Wiederaufbau unseres Vaterlandes beitragen. Wieweit eine Mitwirkung der entlassenen Reichswehrsoldaten bei den Wiederaufbauarbeiten in Nordfrankreich geschehen kann, wird späterhin noch zu erörtern sein. Grundsätzlich haben die Soldaten durch ihre Organisationen aber bereits erklären lassen, daß sie zu jeder ehrlichen Arbeit bereit sind und diese Erklärung gibt uns die Hoffnung, daß die Schwierigkeiten der Heeresverminderung auf ein Maß gebracht werden, das keine Gefährdung unseres wirtschaftlichen und politischen Lebens bedeutet.

Plant die Entente den Durchmarsch?

Außenminister Dr. Simons hat in seiner Erklärung über die deutsche Neutralität gegenüber Rußland und Polen auf das internationale Abkommen von 1907 hingewiesen. Gemeint war damit die 5. Konvention der Zweiten Friedenskonferenz von 1907, die die Rechte und Pflichten der neutralen Mächte und Personen im Falle eines Landkrieges vorsieht. Trotz der vielfachen Verletzungen, die der Weltkrieg gebracht hat, gelten diese Konventionen noch. Sie sind immer noch Völkerrecht, und die Entente, die angeblich zur Wiederherstellung des geschändeten Völkerrechts in den fünfjährigen Kampf gezogen ist, wird die Gültigkeit der Rechte eines Staates, der sich neutral erklärt, heute weniger als je leugnen können. Nach den ersten beiden Artikeln des Landkriegsabkommens ist das Gebiet einer neutralen Macht unverletzlich, und es ist den Kriegführenden untersagt, Truppen- oder Munitions- oder Verpflegungskolonnen durch das befriedete Gebiet hindurchzuführen. Aber die Alliierten betrachten sich im russisch-polnischen Krieg anscheinend nicht als Kriegführende, und in diesem Falle können sie sich leider auf Artikel 7 des Abkommens berufen, der da sagt, eine neutrale Macht sei nicht verpflichtet, die für Rechnung des einen oder des anderen Kriegführenden erfolgende Ausfuhr oder Durchfuhr von Waffen, Munition und überhaupt von allem, was für ein Heer nützlich sein kann, zu verhindern. Deutschland wäre also nicht verpflichtet, sondern nur berechtigt, zu verhindern.

Aber wie steht es mit seinem Rechte? Die Abrüstung der Reichswehr entblößt uns bis auf eine Truppenzahl, die mit Mühe und Not noch die Ordnung im Innern aufrechterhält, niemals aber eine bewaffnete Neutralität nach außen darstellen kann. Dr. Simons hat diese Tatsache mit den Worten ausgesprochen, daß wir unsere Politik auf das geographische Interesse der Entente, durch Deutschland nach Polen zu marschieren, auch wenn die eigentliche Absicht noch nicht erkennbar ist, einstellen müssen, und daß der Reichskommissar bei der Ausführung des Neutralitätsschutzes darauf Rücksicht nehmen muß. Es ist sehr bedauerlich, daß die Reichsregierung von den vielen alliierten Kommissionen und Gesandtschaften, die sich auf deutschem Boden befinden, immer noch im Unklaren gelassen wird, ob die Entente Vorbereitungen zu Truppentransporten durch Deutschland trifft oder nicht. Ja, man weiß noch nicht einmal, ob man die Verbündeten Polens als Kriegführende oder etwa als wohlwollende Neutrale gegenüber Polen ansehen soll, wobei zu bemerken ist, daß es einen Begriff der wohlwollenden Neutralität völkerrechtlich nicht gibt.

Lloyd George hat die russischen Unterhändler Krassin, Kamenow und Miljutin in einem Tone behandelt, daß man glauben könnte, er habe sich jetzt ganz auf die Seite der Polen gestellt, er drohte aber am Schluß seiner Rede nur mit einer — moralischen Unterstützung der Polen gegen Sowjetrußland. Das auffallende Wort des englischen Premiers hat in der französischen Presse Unruhe hervorgerufen. Denn man hatte erwartet, daß sich Lloyd George, der ja immer umgefallen ist, in San Remo, in Spa, in Boulogne, nun auch dem Versprechen Frankreichs an Polen auf Waffenhilfe anschließen werde. Der Matin hilft sich dadurch, daß er sich aus London unterrichten läßt, nach englischer Auffassung sei es jedenfalls denkbar, daß französische Truppen aus den Abstimmungsgebieten zur Verfügung gestellt werden. Sollte die Entente sich durch diesen Ausweg aus der Affäre ziehen wollen, so wird die deutsche Diplomatie festzustellen haben, daß auch in diesem Falle die deutsche Neutralität verletzt, das Völkerrecht gebeugt ist. Denn die Kommandierung der französischen Truppen im deutschen Abstimmungsgebiet gegen Rußland kommt einer erzwungenen Durchfuhr von Truppen und Waffen durch Deutschland gleich. Die deutsche Diplomatie wird diesen Standpunkt einzunehmen haben, auch wenn sie, wie Dr. Simons andeutete, in der Flaggenangelegenheit vom französischen Geschäftsträger in Berlin in die Enge getrieben wird. Die Alliierten mögen uns noch so zusetzen, unsere Neutralität aufzugeben, ihre eigene Völkerrechtsverletzung wird dabei immer klarer.

Aussicht auf Friedensverhandlungen.

Sowjetrußland zu Verhandlungen bereit, aber keine Einstellung des Vormarsches.

Die Antwortnote der Sowjetregierung ist in London angekommen. In der Antwort wird, wie verlautet, gesagt, die Bolschewisten könnten im Augenblick ihre Operationen gegen Polen nicht aufgeben. Sie erklären sich bereit, die Verhandlungen über den Waffenstillstand und den Friedensvertrag aufzunehmen, sobald polnische Delegierte mit den erforderlichen Vollmachten in Minsk eingetroffen sind. Die Sowjetregierung erklärt sich außerdem bereit, die volle Unabhängigkeit Polens zu garantieren.

Den Times zufolge wird in russischen Kreisen in London behauptet, daß das Telegramm, welches Kamenew aus London erhalten und von dem Lloyd George im Unterhaus gesprochen hat besagt, selbst wenn Befehl gegeben würde, den Vormarsch einzustellen, würde das rote Heer nicht gehorchen. Der Ausbruch einer Gegenrevolution sei zu befürchten, da das rote Heer nicht zufrieden sein würde, bevor Warschau genommen sei.

Die polnischen Gegenbedingungen.

Kurier Warszawski berichtet daß das Kabinett am Donnerstag den ganzen Tag über die dem bolschewistischen Friedensvorschlag gegenüber einzunehmende Stellung beraten habe. Es wurde mit Stimmenmehrheit beschlossen, die Entsendung von Friedensdelegierten von der vorherigen Antwort der Bolschewisten auf die polnischen Bedingungen, welche der Sowjetregierung in einer besonderen Note übermittelt werden sollen, abhängig zu machen. Diese Bedingungen sollen wie folgt lauten:

1. Anerkennung der Souveränität des polnischen Staates.
2. Verpflichtung der Sowjetregierung, sich in die inneren Angelegenheiten Polens nicht einzumischen.

Der ursprüngliche Plan, die Friedensdelegation sofort nach Minsk zu senden, ist fallen gelassen.

*

Der Stand der russisch-polnischen Kämpfe.

Die russische Nordarmee ist noch nicht bis Chorzellen vorgedrungen. Wie es heißt, soll sich Ostrolenka schon in den Händen der Russen befinden. Der polnische Widerstand ist im Hauptkampffeld zwischen Ostrolenka und Ostrow verstärkt. Die polnische Heeresleitung wird, wie man annimmt, hier eine große Entscheidungsschlacht entgegennehmen. Im Süden sollen die Russen bei Drohiczyn wieder über den Bug zurückgeworfen sein. Es bereitet sich ein großer polnischer Gegenangriff bei Siedlce vor.

Die Drohung mit neuer Blockade.

Nach einer Havasmeldung aus London behauptet Daily Mail zu wissen, daß Lloyd George gestern Krassin und Kamenew mitgeteilt habe, es seien Befehle über Wiederaufrichtung einer neuen Blockade an die britischen Seestreitkräfte ergangen.

Gefahr einer neuen Weltkatastrophe.

Giornale d'Italia spottet über die platonische englische Note, um die sich die siegestrunkenen Bolschewiki nicht kümmern werden. Immer näher rückt die Gefahr, daß das besiegte Zentraleuropa mit dem Bolschewismus gemeinsame Sache machen könne, um eine Revision des Vertrages zu erzwingen. Die in schwerer Verlegenheit befindliche Entente soll endlich auf den törichten Eigennutz und die Intrigen der Machtgier verzichten, um eine neue, noch größere Weltkatastrophe zu vermeiden.

Vor dem Abbruch der russisch-englischen Beziehungen.

Allen Anzeichen nach scheint der Krieg zwischen Rußland und den Alliierten unvermeidlich zu sein. Am Donnerstag abend wurde mitgeteilt, daß die Mobilmachung der englischen Flotte bevorstehe. England beabsichtige, schnellstens vier Divisionen an die polnische Front zu senden und einen Aufruf zur Werbung von Freiwilligen zur Unterstützung Polens zu veröffentlichen. Nach Aeußerungen des russischen Delegierten Kamenew ist nicht zu erwarten, daß die russische Regierung auf die neue englische Note eine den englischen Wünschen entsprechende Antwort erteilen werde. Kamenew und Krassin rüsten zur Abreise.

Die Teuerung im Ausland.

W. B. Das durch die Folgen des Weltkrieges hervorgerufene Krankheitsbild der deutschen Volkswirtschaft findet sich mehr oder weniger scharf ausgeprägt bei fast allen an der Weltkatastrophe unmittelbar oder mittelbar beteiligten Völkern wieder. Welches der brennenden Tagesprobleme man auch nennen mag, man findet es mehr oder weniger bei allen Teilnehmern des Weltkrieges wieder. Dies ist ein schlagender Beweis, falls es heute noch eines solchen bedürfen sollte, für die enge Verflechtung der Nationen in das Netz des internationalen Güteraustausches. Wenn wir unter einer erschreckend zunehmenden Verteuerung des Lebensunterhaltes zu leiden haben, jenseits der Grenzen finden wir Leidensgenossen. Das soll in der folgenden Zusammenstellung der Preisentwicklung in England und Italien seit Kriegsbeginn gezeigt werden. Dabei ist als Maßstab die sog. Indexziffer genommen die heute so viel von sich reden macht; d. h. man setzt die für einen bestimmten Zeitraum berechneten Durchschnittspreise gleich 100 und verfolgt nun an den Veränderungen dieser Basis die Entwicklung. Hier sind die Großhandels-Durchschnittspreise für bestimmte Warengruppen — Getreide und Fleisch, sonstige Lebensmittel, Textilien, Minerale und Metalle — im Zeitraum 1901—05 gleich 100 gesetzt; es ergibt sich dann folgendes Bild:

		Italien: (1901—05 = 100)	England: (1901—05 = 100)
Juni	1914	117.0	115.9
Juni	15	161.3	147.7
Juni	16	242.8	191.5
Juni	17	362.9	256.6
Juni	18	523.5	277.5
Juni	19	451.0	281.3
Januar	20	634.7	353.1
Februar	20	701.0	370.9
März	20	780.0	379.6
April	20	855.7	374.2
Mai	20	830.3	372.7
Juni	20	773.5	356.7

Demnach ist das Preisniveau seit Kriegsbeginn in England um 240,8 Prozent, in Italien um 650,5 Prozent gestiegen. Die Preissteigerung in Italien ist 2¾ mal so stark gewesen wie in England. Die wirtschaftlich schwache Apenninenhalbinsel müßte also fast das Dreifache für die ausländischen Rohstoffe und Waren, deren sie zur Aufrechterhaltung ihres Wirtschaftslebens bedurfte, bezahlen als das reiche England. Innerhalb der einzelnen Warengruppen gestalten sich z. B. in Italien die Verhältnisse folgendermaßen:

SLUB Wir führen Wissen.